

# Die SEF 2012: Perspektiven auf Global Governance

Jahresbericht



## **Impressum**

Herausgeberin:  
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)  
Dechenstr. 2 : 53115 Bonn  
Tel. 0228/ 9 59 25-10  
Fax: 0228/ 9 59 25-99  
E-Mail: [sef@sef-bonn.org](mailto:sef@sef-bonn.org)  
Website: [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2013

Texte: Sabine Gerhardt, Dr. Michèle Roth  
Redaktion: Dr. Michèle Roth  
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam  
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

---

## Inhaltsverzeichnis

### SEF 2012

Editorial .....	5
-----------------	---

### Themen 2012

Global Governance unter Druck: Perspektiven für die multilaterale Zusammenarbeit .....	7
Globale Trends 2013: Gesellschaftliche Wandlungsprozesse .....	9
Perspektivwechsel 2015: Auf dem Weg zur künftigen Agenda für nachhaltige Entwicklung .....	10
Unternehmen müssen mehr tun: Interview mit Najat Rochdi .....	13
Fragile Staatlichkeit und Klimawandel: Herausforderungen für den Katastrophenschutz .....	14
Katastrophen als Chance nutzen: Interview mit Professor MO Hamza ..	16
Afrika: Mit Handel zum Wandel? .....	17
Wettbewerbsfähigkeit stärken: Interview mit Trudi Hartzberg .....	19

### SEF intern

Neue Publikationsformate und überarbeiteter Internetauftritt .....	21
Finanzbericht .....	22

### Anhang

Übersicht über die Veranstaltungen und Publikationen 2012 .....	25
Übersicht über die Gremien 2012 .....	28
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2012 .....	30
Kooperationspartner und Förderer 2012 .....	31

**• SEF 2012**

## Editorial

Das umwelt- und entwicklungspolitische Großereignis des Jahres 2012, der UN-Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung – kurz Rio+20 –, endete für die meisten Beobachter mit einem enttäuschenden Ergebnis. Viele der direkt oder indirekt an den Diskussionsprozessen vor und in Rio Beteiligten werteten es bereits als Erfolg, dass die Nachhaltigkeitsprinzipien des ersten Erdgipfels von Rio 1992 bestätigt worden sind, die stark gefährdet waren. Die gemeinsame Abschlusserklärung „Die Zukunft, die wir wollen“ wird der Dringlichkeit globaler Problemlagen bei weitem nicht gerecht. Erst im weiteren Verlauf wird sich zeigen, ob die Prozesse, die mit der Erklärung angestoßen wurden, das Prädikat zukunftsfähig erhalten können. Dies gilt vor allem für das Vorhaben, globale Nachhaltigkeitsziele zu definieren. Für die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), die sich der Tradition der prägenden Weltberichte des letzten Jahrhunderts verpflichtet fühlt – vom Brandt-Bericht über den Brundtland-Report bis hin zum Bericht der Commission on Global Governance –, kann dies kein zufriedenstellendes Resultat sein.

Die SEF hat sich aus diesem Grund 2012 intensiv mit strukturellen Lösungsansätzen zur Überwindung der gegenwärtig in vielen Bereichen diagnostizierten Pattsituation in internationalen Verhandlungen auseinandergesetzt. So etwa in einer Expertenrunde aus politischen Praktikern und beobachtenden Wissenschaftlern Ende September in Berlin. Die entscheidende Frage dabei lautet, wie Global Governance unter den sich seit einigen Jahren massiv verändernden geopolitischen Rahmenbedingungen auch künftig ein menschenwürdiges Überleben auf unserem Planeten sichern kann. Die Herausgeber der im Herbst 2012 erschienenen neuen Ausgabe der „Globalen Trends“ kommen dabei zu dem Ergebnis, dass Weltpolitik „in Zukunft stark auf ein ‚Management von Vielfalt‘ hinauslaufen (wird)“. Mit ihrer neuen Publikationsreihe „Global Governance Spotlight“ will die SEF dazu beitragen, derartige internationale Verhandlungsprozesse aus einer Global-Governance-Perspektive zu begleiten und mit Impulsen zu versehen.

Neben Überlegungen dazu, wie ein solches „Management von Vielfalt“ organisiert werden kann, wirkt die SEF auch an der Debatte über die inhaltlichen Eckpunkte der „Zukunft, die wir wollen“ mit, zuletzt mit dem Bonn Symposium 2012. Es setzte sich unter dem Titel „Paradigmenwechsel 2015“ mit der Frage der Fortentwicklung der Millenniumentwicklungsziele sowie deren Verhältnis zu möglichen neuen globalen Nachhaltigkeitszielen auseinander. Welche Konsequenzen eine unzureichende Bearbeitung der Agenda für nachhaltige Entwicklung haben kann, verdeutlichte zuvor der Berliner Sommerdialog 2012. Er analysierte die Auswirkungen des Klimawandels auf tendenziell fragile Staaten und zeigte auf, welche Konsequenzen sich daraus in den immer häufiger

auftretenden Katastrophenfällen für die betroffene Bevölkerung ebenso wie für den internationalen Katastrophenschutz ergeben.

Angesichts der Schwierigkeiten, sich international auf einen gemeinsamen Nenner und vor allem auf ein konkretes Handeln zu verständigen, rücken die nationale, aber auch die regionale und lokale Ebene wieder verstärkt in den Blick. Da die Umsetzung von Politik überwiegend auf diesen Ebenen stattfindet, stellt sich zunehmend die Frage nach dem Beitrag, der vor Ort zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter geleistet werden kann. Die SEF trägt dieser Entwicklung mit einer 2012 neu gestarteten Workshop-Reihe Rechnung, die sich explizit an entwicklungspolitische Expertinnen und Experten auf der Ebene der Bundesländer richtet und den Beitrag der Länder zur künftigen Agenda nachhaltiger Entwicklung stärken möchte.

Über diese und alle weiteren Aktivitäten der SEF im Jahr 2012 berichten wir im Folgenden ausführlich. Vertiefende Informationen und Video-Interviews mit internationalen Fachleuten zu den angesprochenen Themen finden Sie darüber hinaus auf unserer neu gestalteten Website unter [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org). Wir freuen uns über Ihr Interesse und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.



**Karin Kortmann**  
Vorsitzendes des Vorstandes



**Dr. Michèle Roth**  
Geschäftsführerin

**: Themen  
2012**

## Global Governance unter Druck: Perspektiven für die multilaterale Zusammenarbeit

Das Großereignis Rio+20 hat – wie diverse ergebnisarme Weltklimagipfel zuvor – gezeigt, dass das in den 1990er Jahren durchaus erfolgreiche Governance-Modell „Weltkonferenzen“ derzeit kaum in der Lage ist, wirksame und umfassende Lösungen für drängende Weltprobleme hervorzubringen. Auch exklusivere Zusammenschlüsse mit globalem Wirkungsanspruch wie die G20 sind mehr und mehr durch interne Differenzen geprägt und drohen, ihre Beschlussfähigkeit zu verlieren.

Eine wesentliche Ursache dafür liegt in den sich verschiebenden Kräfteverhältnissen auf der internationalen Bühne und damit in der sich abzeichnenden Herausbildung eines multipolaren Systems, in dem sich die traditionellen Verhaltensmuster der unter-



Experten-Workshop in der Katholischen Akademie Berlin

schiedlichen Akteure verändern. Diese Entwicklung hat zu einer verbreiteten Blockadehaltung sowohl der „alten Mächte“, die sich mit einem Hegemonieverlust konfrontiert sehen, als auch der aufstrebenden ehemaligen Entwicklungsländer, die noch nach ihrer neuen Rolle suchen, geführt. So hat der Aufstieg neuer Mächte zwar zu einer neuen Multipolarität, nicht aber automatisch zu mehr Multilateralismus geführt. Stattdessen lässt sich ein Comeback klassischer staatlicher Souveränitätspolitik diagnostizieren. Inwieweit die „neuen Mächte“ auch als Gestaltungsmächte in Erscheinung treten werden oder globalen Gestaltungswillen vermissen lassen, ist umstritten. Aktuelle Blockaden in internationalen Verhandlungen sind jedenfalls nicht nur auf eine Kooperationsverweigerung der aufsteigenden Mächte zurückzuführen, sondern ebenso auf mangelnde Zugeständnisse der alten Industrieländer: Deren bisherige exklusive Strukturen funktionieren zwar nicht mehr, sie zeigen aber dennoch wenig Bereitschaft, herkömmliche

Positionen und Werte zur Disposition zu stellen. Eine Überwindung dieser Lähmung globaler Handlungsfähigkeit ist zurzeit nicht absehbar. Dabei stehen Aspekte der Mitbestimmung sowie Verteilungs- und Ressourcenfragen im Zentrum des Konflikts. Das Modell „Global Governance“ scheint gefährdet – Grund genug für die SEF, sich dieser Problematik ausführlich zuzuwenden, u.a. mit der neuen Ausgabe „Globale Trends 2013“ (siehe auch Seite 9).

### Steuerungslücken in der globalen Politik

Die Anforderungen an die Institutionen globaler Politikgestaltung haben in den letzten Jahren so stark zugenommen, dass von einem „permanenten Überdruck“ im System der internationalen Beziehungen gesprochen werden kann. Eine Reihe von globalen Erschütterungen wie etwa die Weltfinanz- oder die Nahrungsmittelkrise haben ebenso Steuerungslücken in der globalen Politik deutlich werden lassen wie das wiederholte Scheitern der Klimaverhandlungen.

Auf globaler Ebene hat das über Jahrzehnte geschürte Misstrauen gegenüber den Vereinten Nationen (UN) sowie ihre durch Blockadepolitiken ausgeheilte Problemlösungsfähigkeit dazu beigetragen, den institutionalisierten Multilateralismus auszuhöheln. Stattdessen wird versucht, den „Überdruck im System“ durch die Verlagerung in sektorale, also thematisch spezialisierte Foren sowie durch eine Vielzahl von alternativen Formen globalen Regierens jenseits der etablierten multilateralen Institutionen zu mildern.

Die daraus resultierende Fragmentierung globaler Politikgestaltung – verbunden mit einer Proliferation von inter- und transnationalen Foren – führt zu einer „neuen Unübersichtlichkeit“ der internationalen Beziehungen und verstärkt tendenziell die Ungleichgewichte zwischen den Akteuren. Zugleich bietet die zunehmende Multipolarität im System Chancen für neue Allianzen und eine Vielzahl von Lösungsansätzen, die sich nicht mehr allein an den Kriterien klassischer Machtpolitik orientieren (müssen).

### Patchwork-Governance als einzige realistische Perspektive?

Ein SEF-Expertenworkshop im September 2012 kam zu dem ernüchternden Ergebnis, dass auf absehbare Zeit ein flickenhafter Teppich von immer neuen Governance-Formen, die unkoordiniert nebeneinander bzw. in Konkurrenz zueinander stehen, die wahrscheinlichste Perspektive bleibt – eine Art Patchwork-Governance ohne Gesamtkoordination.

Die Welt befindet sich damit zugleich in der Phase eines dramatischen machtpolitischen und gesellschaftlichen Umbruchs wie auch in einer relativen Stagnation im Hinblick auf die Fortentwicklung von globaler Ordnungspolitik. Internationale Politik ist gegenwärtig geprägt von Versuchen, das Bestehende

zu optimieren und mit neuen Governance-Formen zu experimentieren – ohne dass sich neue Erfolgsmodelle abzeichnen. Allerdings hat sich auch bis dato Weltordnungspolitik nicht in einem linearen Prozess herausgebildet; erfolgreiche und weniger erfolgreiche Dekaden wechselten sich in der Vergangenheit bedingt durch äußere Umstände ab.

Als mögliche Alternative wird die Option nationaler und regionaler Lösungen wieder stärker diskutiert. Diese könnten in vielen Bereichen sehr sinnvoll sein,

### Global Governance Spotlight Nr. 1/2012

#### Globale Rechtsstaatlichkeit. Cui bono?

Mit der ersten Ausgabe der neuen SEF-Publikationsreihe „Global Governance Spotlight“ verfasste Dr. habil. Henning Melber, Mitglied im Beirat der SEF und langjähriger Direktor der Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala, einen Beitrag zur Eröffnungsdebatte der UN-Generalversammlung am 24. September 2012 zu Rechtsstaatlichkeit. Melber begrüßt in seinem Papier die erhöhte Aufmerksamkeit, die das Thema im internationalen Dialog auch mit Blick auf entwicklungspolitische Fragestellungen erfährt. Er warnt jedoch vor einer einseitigen Debatte und vor Fallstricken beim internationalen Engagement für Rechtsstaatlichkeit auf nationaler wie internationaler Ebene. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft könne nur durch eine neue Legitimität von Institutionen und Normen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft dienen, gewahrt werden.



so auch die Position etlicher Workshop-Teilnehmer. Sie müssten aber durch entsprechende multilaterale Übereinkommen flankiert werden. So werde nicht zuletzt im bilateralen Geschäft oft Bezug auf multilaterale Vereinbarungen genommen. Megaevents der internationalen Politik blieben damit für die Legitimation von Politikmaßnahmen von hoher Relevanz. Auch als Plattform zum inter- und transnationalen Austausch sowie als Kristallisationspunkt für bestimmte Debatten hätten Anlässe wie Rio+20 eine wichtige Funktion. Allerdings müssten die Erwartungen bei derartigen Konferenzen künftig so gemanagt werden, dass eine wie zuletzt äußerst negative kommunikative Wirkung vermieden wird.

#### Blockaden überwinden, Fortschritte im Kleinen nicht übersehen

Die Konstellationen in multilateralen Prozessen seien gelegentlich furchtbar lähmend, konstatierte ein Praktiker. Absolut essenziell sei deshalb ein guter Di-

alog mit Gleichgesinnten zur Bildung von „Frontrunner-Koalitionen“; ansonsten drohe die Gefahr der Gewöhnung an das Schneckentempo internationaler Verhandlungen. Dennoch werden multilaterale Verhandlungen auch künftig langwierige Dauerprozesse bleiben – mit oft wenig beachteten Fortschritten in praktischen Details sowie bei der Weiterentwicklung von Konzepten und Normen. Formale konventionelle Verfahren bräuchten Geduld, schützten aber die Schwachen, ergänzte ein anderer Praktiker, der zugleich von einer fortschreitenden Informalisierung internationaler Politik warnte, die deren Legitimität untergraben würde. Es führe deshalb kein Weg an einer kreativen Weiterentwicklung des Status-quo vorbei. Wichtig sei auch, ob des aktuellen Stillstands in einigen Politikfeldern nicht Fortschritte in anderen (z.B. im Bereich der Friedenssicherung) zu vergessen.

Schwierig wird es oftmals vor allem dann, wenn es um konkrete Zielvereinbarungen geht – eine Erkenntnis, die nicht zuletzt die anstehende Verhandlung von weltweit gültigen nachhaltigen Entwicklungszielen zu einer Herausforderung werden lässt. Ein wichtiger Ansatz könnte deshalb die Kombination von graduellen Fortschritten im Multilateralen, etwa bei der Definition von Begrifflichkeiten und Politikansätzen, mit konkreten Maßnahmen auf anderer Ebene oder in Vorreiter-Koalitionen sein. Eine strategische Methode zur Umsetzung wäre, stärker als bisher mit Anreizen zu arbeiten, etwa in Form von Finanz- und Technologietransfers; mehr Geld könnte das Kooperationsklima wieder verbessern und mittelfristig zu win-win-Situationen führen. Auch sollte verstärkt über neue angepasste und flexible Regeln für unterschiedliche Akteure/Länder nachgedacht werden. Als wichtig beurteilten etliche Teilnehmer zudem die Rolle regionaler Vorreiter und eine verstärkte Mitwirkung von Regionalorganisationen sowie den Druck von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf internationale Verhandlungsprozesse.

## Globale Trends 2013: Gesellschaftliche Wandlungsprozesse

Wer koordiniert künftig die Weltpolitik? Wie verändert sich die Rolle des Staates? Hat das westlich geprägte Wachstumsmodell ausgedient? Kann die Energiewende gelingen? Wie kann das Recht auf Nahrung realisiert werden? Zu diesen und anderen Schlüsselfragen bietet die Ausgabe 2013 der Globalen Trends Antworten auf der Grundlage sachlich und allgemein verständlich aufbereiteter Fakten.

Globale Trends 2013.  
Frieden – Entwicklung – Umwelt  
Hg. von Tobias Debiel, Jochen Hippler,  
Michèle Roth, Cornelia Ulbert  
Fischer Taschenbuch Verlag,  
Frankfurt/Main, Oktober 2012,  
352 Seiten, EUR 16,99,  
ISBN 978-3-596-19423-0



Neben den im vorangegangenen Kapitel bereits skizzierten machtpolitischen und strukturellen Verschiebungen in den internationalen Beziehungen und den damit einhergehenden Steuerungslücken widmen sich die Globalen Trends auch den langfristigen Wandlungsprozessen, in denen sich die einzelnen Gesellschaften befinden. Das westlich geprägte Wirtschafts- und Fortschrittsmodell kann keine globale Orientierung mehr geben – auch die Gesellschaften in den etablierten Industrieländern müssen sich auf tiefgreifende Veränderungen einstellen. Die globale Energiewende ist hier nur ein Stichwort. Die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und die vielfach bereits ausgereizte Belastungsfähigkeit der Ökosysteme, einschließlich der Atmosphäre, lassen ein „Weiter so“ nicht zu. Auf nationaler wie internationaler Ebene hat deshalb eine breite Debatte darüber begonnen, wie Wohlstand und Wohlergehen auch mit Blick auf nachfolgende Generationen definiert werden sollen.

Gesellschaftliche Protestbewegungen wehren sich zunehmend gegen die mangelnde Bereitstellung nationaler wie globaler Gemeinschaftsgüter durch die Politik sowie ihr Versagen gegenüber den dominierenden Marktkräften. Die wachsenden Mittelschichten in vielen Entwicklungsländern sind dabei eine zentrale Kraft. Ein Zusammenhang zwischen ökonomischer Unzufriedenheit von Mittelschichten und dem Wunsch nach politischen Reformen lässt sich in zahlreichen Fällen nachweisen. Finden gut ausgebildete Teile der Bevölkerung keine adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten, durch die sie auch materiell abgesichert werden, steigt die Bereitschaft, sich für einen Regimewechsel in Richtung Demokratie zu engagieren, die mehr politische Teilhaberechte und wirtschaftliche Möglichkeiten verspricht.

Technische Errungenschaften wie das Internet bieten neue Chancen auf politische Teilhabe sowie transnationale Vernetzung und Öffentlichkeit. Allerdings wird die Bedeutung digitaler Medien für politische Mobilisierung sehr kontrovers diskutiert. Nach einer anfänglichen Euphorie über „Facebook-Revolutionen“ in Tunesien und Ägypten werden zunehmend auch kritischere Stimmen laut, die darauf verweisen, dass die Rolle neuer sozialer Medien und des Internets für politischen Wandel überschätzt wurde und Umbruchsituationen wesentlich auch durch herkömmliche Leitmedien wie Fernsehen oder Zeitungen befördert werden. Faktisch findet eine Verschränkung von neuen und traditionellen Medien in der Verbreitung von Informationen statt.

Die Autorinnen und Autoren der neuen Ausgabe von Globalen Trends haben sich mit diesen sowie einer Vielzahl weiterer globaler Entwicklungen intensiv auseinandergesetzt und diese mit Daten und Fakten untermauert.

### Stimmen zu den Globalen Trends 2013

„Die Autoren und Autorinnen der aktuellen Ausgabe leisten einen wichtigen Beitrag zur Globalisierungsdebatte in Deutschland und laden gleichzeitig zu einer wohl informierten Auseinandersetzung mit Trends, Entwicklungen und Herausforderungen ein, auf die die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik reagieren muss.“  
*Bundesaußenminister Guido Westerwelle*

„Die aktuelle Ausgabe ‚Globale Trends 2013‘ leistet in der andauernden Globalisierungsdebatte zu den einschlägigen Fragestellungen in den Themenbereichen Frieden, Entwicklung und Umwelt einen informativen und wichtigen Beitrag.“  
*Angela Kane, Hohe Vertreterin für Abrüstungsfragen, UN Office for Disarmament Affairs, New York*

„Wieder ist Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein spannendes Kompendium interessanter und weiterführender Beiträge gelungen. Manche enthalten wichtige Anregungen für meine eigene Arbeit.“  
*Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a.D., Dresden*

„It is indeed a very useful tool that provides an analytical view on some of the global concerns. It seems to do it in a better way than others in a true iconoclastic Willy Brandt world view.“  
*Professor Dr. Bahrat H. Desai, Jawaharlal Nehru University, New Delhi*

„I particularly appreciate the wide-ranging nature of the issues addressed in the report, including global governance, the role of digital media in political mobilisation and protest, the global energy system and food security.“  
*Kassym-Jomart Tokayev, Director-General, UN Office at Geneva*

## Perspektivwechsel 2015: Auf dem Weg zur künftigen Agenda für nachhaltige Entwicklung

Die entwicklungspolitischen Diskussionen der vergangenen zehn Jahre wurden maßgeblich von den Millenniumentwicklungszielen (MDGs) bestimmt. Sie haben sich als gleichermaßen öffentlichkeitswirksames wie kampagnentaugliches Instrument der Entwicklungspolitik erwiesen, aber im Laufe der Jahre auch erhebliche Schwächen offenbart. Die bereits angelaufenen Diskussionen über eine mögliche Folgeagenda für die Zeit nach 2015 verlaufen entsprechend kontrovers und scheinen bislang noch völlig ergebnisoffen – von einer thematischen Verengung der jetzigen MDGs bis zur Schaffung globaler Ziele ist derzeit alles möglich. Anlass für die Stiftung Entwicklung und Frieden, mit ihrem Bonn Symposium 2012 die Debatte auch in Deutschland voranzutreiben.

### SEF-Policy Paper 36 (April 2012)

#### Nachhaltige Mobilität: Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Verkehrsgestaltung

Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen für soziale und ökonomische Entwicklung. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern nimmt sie einen entscheidenden Stellenwert bei der Armutsbekämpfung ein. Dennoch ist die heutige Mobilitätskultur, wie sie sich vor allem in den Industrieländern darstellt und von Entwicklungsländern weitgehend nachgeahmt wird, nicht tragfähig: Sie basiert auf dem Konzept, Wohlstand und Entwicklung durch mehr Verkehr und Infrastruktur zu fördern. Ein Paradigmenwechsel in der Transportpolitik ist unerlässlich, um eine gesellschaftlich und ökologisch tragfähige Mobilität der Zukunft zu erreichen. Das Policy Paper 36, verfasst von Dr. Jürgen Perschon, beleuchtet die negativen Auswirkungen der heutigen Mobilitätskultur und diskutiert mögliche Wege hin zur Verwirklichung einer zukunftsfähigen, gerechten und nachhaltigen Mobilität.



Die derzeitigen Diskussionen rund um die Schaffung einer neuen Agenda post-2015 werden unter dem Eindruck des Rio+20 Gipfels im Sommer 2012 geführt. Das – vorsichtig formuliert – gemischte Verhandlungsergebnis zeigte zum Einen, wie schwer globale Übereinkünfte heute zu realisieren sind, und hat zum Andern die Fragmentierung der Debatten um Nachhaltigkeit und Entwicklung auf internationaler Ebene weiter verstärkt. Die Frage, ob und wie die

Prozesse zur Etablierung globaler Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und MDGs künftig zusammengeführt werden können, prägte auch das Bonn Symposium. Interessant war dabei vor allem, dass sich neben den Vertretern der Zivilgesellschaft auch die anwesenden Repräsentanten der UN-Organisationen, die beide Prozesse derzeit leiten, klar für eine Integration der Agenden aussprachen. Das gilt ebenso für das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dessen Vertreterin Cornelia Henriksson sich allerdings auch der damit einhergehenden Problematik unterschiedlicher ministerieller Zuständigkeiten bewusst zeigte.

### Zielsetzungen als falsche Strategie?

Vor allem, aber nicht nur mit Roberto Bissio (Social Watch) und Dr. Inge Kaul (Hertie School of Governance) waren im Rahmen des Symposiums auch Stimmen vertreten, die bewusst nicht über eine neue MDG- oder SDG-Agenda sprechen wollten. Kaul bevorzugte einen angebotsorientierten Ansatz, bei dem zunächst auf nationaler Ebene Programme der internationalen Kooperation entwickelt werden mit nationalen Angeboten zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, die anschließend in einen globalen Kooperations- und Politikrahmen integriert werden. Dadurch solle internationale Kooperation stärker im nationalen Kontext verankert werden; anstelle von Zieldefinitionen würde größeres Gewicht auf die Mobilisierung von Ressourcen für globale öffentliche Güter gelegt. Bissio trat stark für einen menschenrechtsbasierten Ansatz ein, dessen Grundlagen bereits gelegt worden seien und der nur implementiert werden müsste. So ist die universelle Menschenrechtsagenda von den Staaten rund um den Globus zwar anerkannt, aber noch lange nicht umgesetzt worden. Mangelnder Fortschritt sei daher in erster Linie ein politisches Problem, dem mit technischen Lösungen nicht beizukommen sei, waren sich die Teilnehmenden einig. „Wie viel Wissen brauchen wir, um endlich politisch aktiv zu werden?“, fragte Dr. Christine von Weizsäcker (ECOROPA) provozierend. Die Fokussierung auf konkrete Resultate und die Erfüllung bestimmter Indikatoren reduziere gar die Ambitionen der Regierungen einen echten Wandel einzuleiten, der wesentlich schwerer messbar sei, warnte auch Barbara Adams (Global Policy Forum). Viele der anwesenden Experten sprachen sich dennoch für die Beibehaltung der Überprüfbarkeit einer Agenda aus, wie sie durch die MDGs erstmals in der Entwicklungszusammenarbeit geschaffen wurde.

Ein zentrales Thema der zweitägigen Diskussionen waren die bestehenden Ungleichheiten. „Der Kuchen ist gewachsen, das Stück für die Armen aber geschrumpft“, kritisierte etwa Bissio. Wirtschaftliches Wachstum hat in vielen Gegenden der Welt auch deshalb nicht wie erhofft automatisch zu mehr Entwicklung geführt. „Wir werden reich und geben Brotkrumen ab“, war auch von Kaul zu hören, die wie so viele andere für eine fairere Gestaltung der beste-

henden Systeme eintrat. Damit einhergehend kam in den Diskussionen die Sprache auf das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung. Würde dieses ernst genommen und auf internationaler Ebene umgesetzt, könnten möglicherweise auch die aufstrebenden Schwellenländer zu einer gemeinsamen Agenda bewegt werden, hofften manche der Panelisten. Das bedeute aber, den Staaten des



Bonn Symposium 2012: Gabriele Köhler, Conny Czymoch, Inge Kaul, Mara Simane und Jean Saldanha (v.l.n.r)

Südens mehr Zeit für entsprechende Diskussionen zu geben, da sich etwa die Zivilgesellschaft dort eben gerade erst stärker organisiere, mahnte Dr. Mariama Williams (South Centre).

### Globale Vision versus Realpolitik

Dass eine internationale Einigung dennoch schwierig sein wird, blieb unbestritten. Dies auch, weil zu vereinbarende Ziele per se nie wert- und ideologiefrei sind und damit auch immer die Frage nach globalen Machtverhältnissen stellen, leitete Jens Martens (Global Policy Forum) thematisch einen weiteren zentralen Diskurs des Bonn Symposiums 2012 ein. „Multilaterale Abkommen werden von den Staaten heute oft als Strafe gesehen“, konstatierte Adams in ihrem Input. Statt in der multilateralen Arena Einigung zu suchen, würden nationale Regierungen eine starke Tendenz zeigen, sich in Gruppen (G8, G20, G77 u.a.) zu organisieren. Deren Vorstellungen, auch von einer Post-2015-Agenda, weichen dabei erheblich voneinander ab. Während viele Staaten des Südens vor allem darauf bedacht sind, auch künftig ihren Anspruch auf öffentliche Entwicklungshilfe gesichert zu sehen, treten vor allem die klassischen Industrieländer für neue partnerschaftliche Strukturen ein, wie sie etwa in Busan 2011 verhandelt wurden.

Grundlage für die Entwicklung einer Post-2015-Agenda sind vor allem mehr Partizipation und Subsidiarität, war eine weitere im Rahmen des Symposiums gehörte Hauptforderung. „Wir müssen die Menschen fragen, in welcher Welt sie leben wollen.

Wir brauchen eine globale Vision“, forderte etwa Najat Rochdi (UNDP). Der Staat hingegen, ergänzte Mara Simane (Koordinierungszentrum für den Nationalen Letztischen Entwicklungsplan 2014-2020), solle sich künftig vor allem am „Do no harm“-Prinzip orientieren und damit für nachhaltige und faire Entwicklungsmöglichkeiten seiner Bürger sorgen.

### Globale Zusammenhänge vermitteln – eine entwicklungspolitische Kernaufgabe der Bundesländer

Nicht nur auf globaler und nationaler Ebene stellt sich die Frage nach einem fairen Umgang mit globalen öffentlichen Gütern. Auch auf Bundesländerebene findet zunehmend ein Umdenken statt, was sich nicht nur in der Erarbeitung von Landesnachhaltigkeitsstrategien zeigt, sondern auch im Überdenken der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesländer. So haben sich mit Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen gleich drei Stifterländer der SEF 2012 neue entwicklungspolitische Leitlinien gegeben. Sie sind Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels des Entwicklungsbegriffes; ihr Anliegen ist es, Themen der internationalen Zusammenarbeit künftig stärker in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Entscheidend dafür wird es sein, die vielfältigen Wechselwirkungen und Schnittstellen zwischen den Bereichen nachhaltige Entwicklung, internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik deutlicher herauszuarbeiten und zu kommunizieren. Ebenso müssen die Bezüge zu den Politiken auf unterschiedlichen Ebenen (von der EU über die Bundesebene bis zur regionalen und lokalen Politik) klarer dargestellt werden.

Dass die Vermittlung globaler Zusammenhänge eine Kernaufgabe der Bundesländer ist, darüber waren sich die rund 40 im Februar 2012 auf Einladung der SEF in Berlin versammelten entwicklungspolitischen Experten aus den Bundesländern einig. Als „Geschenk des Mainstream“ bezeichnete ein Vertreter Brandenburgs die Tatsache, dass Themen nachhaltiger Entwicklung (etwa Energie, Klima, Ernährung, Armut, Weltwirtschaft, Finanzsystem) in den letzten Jahren deutlich an Medienpräsenz gewonnen haben. Die Länder haben einerseits die große Chance, in ihrer entwicklungspolitischen Kommunikation hierauf aufzubauen, andererseits stehen sie vor der Herausforderung, ihre Kommunikation intelligent und attraktiv zu gestalten.

### Fallstricke entwicklungspolitischer Kommunikation

Bislang werden in der entwicklungspolitischen Kommunikation weiterhin und oft unbewusst alte Stereotypen verwendet, die den Gegensatz von Nord vs. Süd weiter zementieren statt ihm entgegenzuwirken. Wie Martin Kirk von Oxfam UK anhand einer breitangelegten wissenschaftlichen Studie darlegte, wird damit eine Denkweise zementiert, die

den globalen Interdependenzen nicht nur zuwider läuft, sondern diese auch zugunsten des vermeintlich reichen Nordens verschleiert. In unserer Sprache stecken viele unbewusste Bedeutungen und Botschaften, die unsere eigentlich beabsichtigte Botschaft ins Gegenteil verkehren können. Entsprechend warnte Kirk vor der leichtsinnigen Betonung von Werten, die Entwicklungspolitik vermeintlich rechtfertigen, stattdessen aber eigensüchtige Wertesysteme bedienen, wie z.B. den eigenen Nutzen. Vielmehr sollten positive Wertesysteme wie Universalismus, Menschlichkeit oder Selbstbestimmung in den Vordergrund gestellt werden. Bei der Entwicklung von Kommunikationsmodellen sollten zudem Vereinfachungen vermieden werden. Es gibt keine simplen Lösungen; stattdessen sollten die Menschen ermutigt werden, gemeinsam an der Entwicklung eines neuen umfassenden Systems – an einer positiven Alternative – mitzuwirken.

### Potenziale neuer Kommunikationswege

Die neuen Medien bieten die Chance, entwicklungspolitische Kommunikation von den klassischen Medien unabhängiger zu machen. Im Verlauf des Workshops wurde deutlich, dass der Druck auf die Verwaltungen zur verstärkten Nutzung neuer Kommunikationswege überall spürbar ist. Zugleich fehlten das Know-how und die personellen wie finanziellen Kapazitäten für eine professionelle Herangehensweise. Gerade zur Darstellung von Komplexität biete das Internet aber neue Chancen, betonte der



Workshop für Experten der Bundesländer: Rainer Seider, Karin Kortmann und Detlev Groß (v.l.n.r)

Kommunikationsexperte Professor Christoph Bieber, etwa durch interaktive Karten mit Links zu Dokumenten, Videos etc. oder auch durch einen simplen Weblog. Über Instrumente wie YouTube, Facebook oder Twitter werde eine breite Zielgruppe erreicht, wobei der Visualisierung und Interaktivität eine besondere Bedeutung zukomme.

„Tax the public bads to finance the public goods“



**Auszüge aus dem Interview mit Roberto Bissio, Koordinator des Social Watch-Netzwerks und Direktor des Third World Institute in Montevideo, Uruguay**

*Im Jahr 2010 publizierte Social Watch den Report „Zeit für einen neuen Deal“. Was sind die Kernelemente einen solchen neuen Deals?*

Bissio: Ein neuer Deal bedeutet ein globales Abkommen aller Länder mit zwei oder sagen wir drei grundlegenden Inhalten. Die vergangene Finanzkrise hat sich zu einer Wirtschaftskrise entwickelt, die alle Länder der Welt negativ getroffen hat. Am meisten unter den Auswirkungen leiden jedoch die verwundbaren Menschen und nicht die starken Volkswirtschaften, die die Krise verursacht haben. Mit der Klimakrise verhält es sich ganz ähnlich (...). Wir können dabei auf etwas zurückgreifen, das Regierungen schon immer getan haben: *Tax the public bads to finance the public goods* (...). Zu den *public goods* zählen vor allem die Armutsminderung und die Verwirklichung der Menschenrechte. (...) Wir müssen einen Weg finden, um die Ressourcen dafür verlässlich und unabhängig vom guten Willen des jeweiligen Machthabers generieren zu können. Und das ist eine alte Erfindung mit dem Namen „Steuern“.

*Wie realistisch scheint Ihnen ein solcher neuer Deal angesichts der Tatsache, dass die Industrieländer bis heute ihre Verpflichtungen des bestehenden MDG 8 nicht erfüllt haben?*

Es ist richtig, dass die Verpflichtungen des MDG 8 nicht eingehalten wurden (...). Der Unterschied zu damals ist, dass die genannten Krisen die Industrieländer nun auch selbst getroffen haben. Jetzt handelt es sich nicht mehr um eine Frage der Wohltätigkeit gegenüber denjenigen, die leiden, sondern wir haben gemeinsame Probleme. Und diese können von einem Land allein nicht gelöst werden, es bedarf globaler Maßnahmen. Daher sind wir grundsätzlich optimistisch. Es bleibt natürlich schwierig, eine Vereinbarung zu treffen, wer die Kosten wirklich schultert in einer Welt, die noch immer ungleich ist. (...). Die Verhandlungen über gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten sind eben nicht einfach. Aber immerhin weiß jeder, dass es sie jetzt wirklich braucht. (...)

## Unternehmen müssen mehr tun

**Interview mit Najat Rochdi, Stellvertretende Direktorin der Genfer UNDP-Vertretung**

**Frau Rochdi, in einer Ihrer letzten Reden sprachen Sie von „renewed sustainable development“. Was verstehen Sie darunter?**

Rochdi: Nicht nur auf UN-Ebene, sondern global sind wir heute mit einer Reihe von Herausforderungen und Entwicklungsfragen konfrontiert, die wir vor zehn oder zwanzig Jahren nicht voraussehen konnten. Wir müssen uns mit Themen wie dem Klimawandel, zunehmenden Naturkatastrophen, der Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrags, sozialer Sicherungssysteme und sozialer Gerechtigkeit befassen. Dazu bedarf es eines erneuerten internationalen Bekenntnisses der Solidarität für nachhaltige Entwicklung. Ein solches Momentum haben wir in der Vergangenheit bei der Verabschiedung der Millenniumentwicklungsziele erlebt.



**Die Vereinten Nationen gelten als Schlüsselforum für die internationale Kooperation. Welche Rolle werden sie bei der Ausarbeitung und Überwachung zukünftiger Entwicklungsziele nach 2015 spielen? Und wie sollte dabei die Arbeitsteilung zwischen den UN, den Nationalstaaten und der Zivilgesellschaft gestaltet sein?**

Wandel und Entwicklung sind etwas, das von innen heraus geschieht. Unsere Aufgabe als Vereinte Nationen sehe ich daher vor allem als Unterstützer und Vermittler. Als Unterstützer bemühen wir uns, den Staaten entsprechend ihrer jeweiligen Prioritäten bei der Erreichung ihrer Entwicklungsziele zu Hilfe zu kommen. Als Vermittler stellen wir sicher, dass bei den Verhandlungen aber eben nicht nur Regierungen, sondern möglichst viele unterschiedliche Stakeholder aus verschiedenen Sektoren mit am Tisch sitzen. In diesem Punkt spielen wir eine entscheidende Rolle. Als unabhängige und neutrale Institution – auch wenn dies von vielen Kritikern immer wieder in Abrede gestellt wird – sollten wir diese Funktionen beibehalten, denn darin sind wir einzigartig. Eine weitere Aufgabe der Vereinten Nationen sehe ich beim Austausch von Erfahrungen und Bewertungen unter den verschiedenen Staaten. So werden die Süd-Süd-Kooperationen immer mehr zu einem Schlüsselmechanismus, um Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und zu beschleunigen. Eine Institution wie die UN, gleich über welche Sonder- oder Spezialor-

ganisation wir konkret sprechen, kann bei diesem Austausch eine wichtige Rolle spielen und Brücken bauen. Das gilt im Übrigen auch für Dreieckskooperationen – wissend, dass in jedem Land des reichen Nordens auch Armut und in jedem armen Land des Südens auch Entwicklung und wunderbares Bildungspotenzial existiert.

**Frau Rochdi, sollte die Privatwirtschaft in die Gespräche über einen globalen Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 eingebunden werden? Wenn ja, wie?**

Der Privatsektor ist ein Akteur, (...) der künftig tatsächlich zum Erreichen der Entwicklungsstandards, auf die sich die internationale Gemeinschaft geeinigt hat, beitragen muss. [Unternehmen] haben die Verantwortung sicher zu stellen, dass Menschenrechte respektiert werden (...) und dass ihre Geschäftsmethoden eine Reihe von Prinzipien in Bezug auf nachhaltige Entwicklung berücksichtigen. (...) Er (der private Sektor, Anm.d.Red.) hat also eine Rolle (...) im Post-2015-Prozess. (...) Neu ist, dass die Länder klare Forderungen an ihn stellen, diese Verpflichtungen auch einzuhalten bzw. sie aktiv zu erfüllen. Die Programme müssen dabei über Corporate Social Responsibility, im Sinne bisheriger Charity-Aktivitäten, hinausgehen. Ich meine, Unternehmen können mehr tun, sie sollten mehr tun, sie müssen mehr tun. Das ist wirklich die ganz große Herausforderung im Post-2015-Prozess: Wie können wir den privaten Sektor als einen sehr wichtigen Entwicklungsakteur mit an den Tisch bringen? Und wie kann er tatsächlich zu nachhaltiger Entwicklung beitragen, anstatt sie zu gefährden?

### Global Governance Spotlight Nr. 2/2012

#### Der Busan-Prozess: Meilen- oder Stolperstein für die internationale EZ?

Vor rund einem Jahr fand das vierte High Level Forum on Aid Effectiveness (HLF4) in Busan (Südkorea) statt. Eines der Hauptziele war die Einbindung der großen Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien in das internationale System der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). In der aktuellen Ausgabe der Global Governance Spotlights informiert die Autorin Elena Sondermann, Mitarbeiterin am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), inwieweit das Vorhaben bereits umgesetzt wurde und analysiert, wie vor diesem Hintergrund die neu eingerichtete „Global Partnership for Effective Development Cooperation“ zu bewerten ist.



## Fragile Staatlichkeit und Klimawandel: Herausforderungen für den Katastrophenschutz

Die Häufigkeit und Intensität von wetterbedingten Naturereignissen wie Dürren, Überschwemmungen oder Stürmen nahmen in den vergangenen Jahren erheblich zu. Laut der International Disaster Database sind ihnen allein 2010 mehr als 300.000 Menschen zum Opfer gefallen. Ob sich Naturereignisse aber zu Katastrophen entwickeln, hängt entscheidend von der Verwundbarkeit der betroffenen Region ab. Besonders hart trifft es dabei die fragilen Staaten: Schwache Institutionen, hohe Korruption und



Berliner Sommerdialog 2012: Einführungsrede von Thomas R. Loster, Geschäftsführer der Münchner Rück Stiftung

fehlende Logistik verhindern hier in der Regel den zielgerichteten Einsatz und die effektive Koordination von Hilfe.

Um die Chancen und Risiken internationaler Katastrophenhilfe in solchen Fällen auszuloten und Anstöße für ihre Weiterentwicklung im Zeichen des Klimawandels zu geben, lud die Stiftung Entwicklung und Frieden zu ihrem Berliner Sommerdialog 2012. Vom 13. bis 14. September diskutierten zahlreiche internationale Expertinnen und Experten unter anderem darüber, wie sich die verändernden klimatischen Bedingungen auf vorhandene Hilfskonzepte auswirken und wie Geber- und Hilfsstrukturen gestaltet sein müssen, um auch in fragilen Staaten nachhaltig wirksam sein zu können.

Dass Hilfe unter solchen Bedingungen keine leichte Aufgabe ist, die von externen Akteuren mal eben zu stemmen ist, wurde in den Diskussionen mehr als deutlich. Aufgrund der prognostizierten Zunahme und steigenden Intensität von wetterbedingten Naturereignissen muss der Fokus zunächst auf die Stärkung lokaler Widerstandskraft gelegt werden. Diese beinhaltet zum einen die Fähigkeit, auf Katastrophen

reagieren und Maßnahmen zur Schadensminderung ergreifen zu können, und zum anderen die Kapazität, sich frühzeitig an Umweltveränderungen anzupassen. Entsprechend sollten Hilfsorganisationen beim Aufbau ihrer Programme vor Ort noch stärker als bislang üblich darauf achten, lokale Kapazitäten nicht nur zu berücksichtigen, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken. Der internationalen Gemeinschaft sollte, darin bestand unter den Teilnehmenden große Einigkeit, dabei vor allem eine Unterstützerrolle zukommen.

### Im Spagat zwischen kurzfristiger Trümmerbeseitigung und langfristigem Wiederaufbau

Ein solcher Ansatz hat aber in der Vergangenheit nicht immer funktioniert. Oftmals gelingt es nicht, mit der ersten Hilfe auch gleich die Grundsteine für den langfristigen Wiederaufbau einer Gesellschaft zu legen. Besonders schwierig ist dies in Ländern, die schon vor der Katastrophe mit fragiler Staatlichkeit zu kämpfen hatten. Wo sich die Regierungen unfähig zeigen, angemessen auf die Katastrophe zu reagieren und entsprechende Maßnahmen zur Schadensminderung zu ergreifen, kommt den internationalen Hilfsorganisationen eine entscheidende Rolle zu. Unter dem Eindruck des Klimawandels und seiner Auswirkungen müssen sie immer häufiger den Spagat zwischen kurzfristiger Trümmerbeseitigung und langfristigem (politischem) Wiederaufbau bewältigen. Das Beispiel Haiti zeige in tragischer Weise, dass auch breit angelegte Unterstützung externer Akteure nach einer Katastrophe daran scheitern kann, nachhaltige Strukturen für die Selbsthilfe zu etablieren, reflektierten Vertreter staatlicher und nicht-staatlicher Hilfsorganisationen selbstkritisch. In solchen Fällen können die Auswirkungen des Klimawandels zu weiterer Fragilität führen. Einige der Referenten des Berliner Sommerdialogs riefen daher auf, bei der Katastrophenhilfe und beim Wiederaufbau auch die „Konsequenzen der Konsequenzen“ zu bedenken: So könnten Katastrophen etwa durch ökonomische Schwierigkeiten und weniger Staatseinnahmen ethnische oder religiöse Spannungen verschärfen, Menschen zur Migration drängen, die in den Empfängerregionen zu Ressourcenproblemen führt, oder hohe Ausgaben für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu Lasten sozialer Dienstleistungen verursachen. Anpassung muss daher in fragilen Staaten einen besonders integrativen und konfliktsensiblen Ansatz verfolgen. Ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und die Berücksichtigung ihrer jeweiligen Lebensumstände ist dafür unerlässlich. Damit humanitäre Organisationen aber mit allen Akteuren in einem Konflikt verhandeln können, müsse das Grundprinzip der Unabhängigkeit zwingend eingehalten werden.

### Fragile Staatlichkeit und die Rolle des Militärs

Dies sei jedoch besonders schwierig, führten Vertreter verschiedener Hilfsorganisationen während der

## Foreign Voices 5/2012

**Linking Emergency Aid with Long-term Development in Pakistan: From response to preparedness**

Pakistan kämpft regelmäßig mit den Auswirkungen schwerwiegender Naturereignisse wie Erdbeben und Überflutungen. Die volatile Sicherheitssituation und soziale Missstände sind mitursächlich dafür, dass sich diese oft zu Katastrophen riesigen Ausmaßes entwickeln. In der anlässlich des Berliner Sommerdialogs herausgegebenen Foreign Voices Ausgabe fordert Atta Muhammad Durrani, Country Programme Manager beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Islamabad, daher von den Verantwortlichen einen Richtungswechsel: Weg von der starken Akzentuierung auf Katastrophenbewältigung, hin zu mehr Prävention. Er analysiert dazu Pakistans Fortschritte bei der Verknüpfung von Nothilfe und längerfristigem Gesellschaftsaufbau und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen.



zwei Tage in Berlin aus, wenn es um die Zusammenarbeit mit dem Militär geht. Einigkeit herrschte allein über die Feststellung, dass sich das Verständnis von humanitärer Hilfe aus militärischer und ziviler Sicht noch erheblich unterscheidet. Während ein Vertreter der Bundeswehr mit Erfahrung in der internationalen Katastrophenhilfe bewusst kontrovers die These in den Raum stellte, dass es den Betroffenen egal sei, welche Uniform die Helfer tragen, solange die Hilfe schnell ankomme, warnten viele andere Diskutanten vor den Konsequenzen, die sich daraus ergäben. Denn in diesem Fall sei zwar ein Menschenleben gerettet, die Situation für die weitere Hilfe aber gefährlicher und spannungsreicher geworden. Eine zunehmende Politisierung und Militarisierung der internationalen Hilfe habe ihr den Ruf der Parteilichkeit eingebracht und zu einer wachsenden Gefährdung von humanitären Helfern geführt.

**Gegen eine Versicherheitlichung der Debatte**

Der zunehmende Fokus auf die sicherheitspolitischen Probleme in fragilen Staaten war auch einer der umstrittensten Diskussionspunkte der Bonner Plattform Internationale Zusammenarbeit vom 19. Juni 2012, die von KfW Entwicklungsbank und Deutscher Welle in Kooperation mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) durchgeführt wurde. Unter dem Thema „Zwischen (Ohn-)Macht und Gewalt. Fragile Staatlichkeit als zentrale Herausforderung“ legte Professor Lothar Brock von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung auf Einladung der SEF dar, warum die Umbrüche im Nahen Osten heute erneut für eine verstärkte Diskussion über fragile Staatlichkeit sorgen und welche Faktoren sich in der Vergangenheit als besonders hinderlich für die Lösung der vielfältigen Probleme in den betroffenen Ländern ausgewirkt hätten. Es waren vor allem das von einem westlichen Standpunkt ausgehende Verständnis von Staatlichkeit sowie eine starke Versicherheitlichung der Debatte, die Brock kritisierte. Diskutiert wurde entsprechend, ob und wie dieser sehr einseitige Fokus durch eine stärkere Kohärenz, Koordination und Kooperation der unterschiedlichen politischen Ressorts abgemindert werden könnte. Sowohl der Berliner Sommerdialog als auch die Bonner Plattform Internationale Zusammenarbeit machten damit vor allem eins deutlich: Die Suche nach einer gemeinsamen Sprache aller beteiligten Akteure, sei es aus Politik, Zivilgesellschaft oder Militär, muss weit über die Veranstaltungen hinaus fortgeführt werden.



Lothar Brock

## Katastrophen als Chance nutzen

**Interview mit Professor Mo Hamza, Direktor der Global Climate Adaptation Partnership**

**Professor Hamza, werden wir bedingt durch die negativen Auswirkungen des Klimawandels eine Zunahme fragiler Staaten erleben?**

Hamza: Das ist eine dieser Fragen, die man nur mit einem „es kommt darauf an...“ beantworten kann. Wenn wir mit den negativen Konsequenzen des Klimawandels weiter so umgehen wie bisher, wird es sicher dazu kommen. Die Tendenz ist doch, dass der Klimawandel gerade diejenigen Länder hart trifft, die ohnehin mit Umwelt- und Wirtschaftsproblemen kämpfen. Ob ein Staat in die Fragilität hineinrutscht oder nicht, hängt dann beispielsweise davon ab, wie stark oder schwach die Regierungsstrukturen sind, ob ethnische Spannungen bestehen oder auch ob die Auswirkungen eines früheren Konflikts einen neuen wahrscheinlich machen. Wenn man die Komplexität der Folgen des Klimawandels auf die Bevölkerung, auf deren Lebensgrundlagen oder auf die Wirtschaft hinzuaddiert, werden wir mit Sicherheit mehr Fragilität sehen. Aber werten Sie das nicht als Voraussage. Wir können nicht mit Sicherheit sagen, was passieren wird und was eben nicht. Es hängt entscheidend von der Politik, der Strategie und Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft, aber auch vom Engagement der betroffenen Länder selbst ab, ob ein Staat in die Fragilität abrutscht oder nicht.

**Welche Rolle spielt die internationale Katastrophenhilfe, wenn es in fragilen Staaten zu Naturkatastrophen kommt?**

Das Wichtigste ist zu erkennen, dass das Eingreifen nach einer Katastrophe entweder bestehende Probleme verschärfen oder aber als Chance zu deren Bewältigung genutzt werden kann. Ich gebe Ihnen ein sehr anschauliches Beispiel: Nehmen wir den Kontrast zwischen der Reaktion auf den Tsunami von 2004 in Aceh, Indonesien, auf der einen und in Sri Lanka auf der anderen Seite. Die Katastrophenhilfe in Aceh erfolgte auf eine so sensible Weise, dass sie zu einer Starthilfe für Friedensgespräche und Konfliktlösung wurde. Aus der Katastrophe entstand damit eine Chance. (...) So entschied die indonesische Regierung (...), die Armee für die Katastrophenhilfe einzusetzen und Hilfsgüter transportieren zu lassen, aber mit einem „soft approach“. „Soft approach“ in militärischer Hinsicht bedeutete offene Fahrzeuge, keine Helme, keine Sonnenbrillen, keine Panzerung, keine Waffen und so weiter. Die Soldaten kamen also in Uniform, aber auch mit der klaren Botschaft, dass sie als Helfer unterwegs waren. Aber es war nicht allein das. Alles was danach passierte, bis hin zu den Friedensgesprächen, steht in Kontrast zu dem, was sich in Sri Lanka abgespielt hat. Dort wurden bestehende Vulnerabilitäten der tamilischen Bevölkerung

an der Ostküste noch verschärft (...). Eine kurze Antwort auf die Frage ist daher, dass Hilfe nach einer Katastrophe, besonders in fragilen Situationen, Friedensgespräche und Friedensangebote entweder unterstützen oder behindern kann. Sie kann Staaten in einen Konflikt stürzen oder eine Chance sein, die zu Frieden und Stabilität führt.

**Was sind die Herausforderungen für den Übergang von Nothilfe zu langfristigem Wiederaufbau und Entwicklung in fragilen Staaten?**

Da gibt es keinen bedeutenden Unterschied zu nicht-fragilen Staaten. Die größte Herausforderung ist das Engagement. (...) Mit der Aufmerksamkeit der Medien werden Finanzierungen angezogen. Leider schwindet das Interesse danach (...) bis zu der nächsten Katastrophe. Der große Unterschied zwischen einem fragilen und nicht-fragilen Kontext ist vor allem, dass fragile Staaten ein noch längeres Engagement für den Übergang von Nothilfe zu langfristiger Entwicklung benötigen – sowohl politischer als auch finanzieller Natur. Und wenn dieses Engagement fehlt, dann ist es umso wahrscheinlicher, dass man in eine vorherige Konfliktsituation zurückfällt (...) oder nie herauskommt aus einer fragilen Situation.



Engagement ist also die umfassende Herausforderung. Die spezifischeren liegen in den Ansätzen und Programmen, die während der Nothilfephase begonnen werden. In einer fragilen Situation (...), wo beispielsweise ethnische Spannungen und Spaltungen innerhalb der Bevölkerung existieren, muss die Art und Weise, wie Nothilfe abgewickelt wird, extrem sensibel sein. Sie darf sich außerdem (...) ausschließlich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und nicht daran, wer an der Macht ist (...). Dieser Dinge sind sich internationale Nichtregierungsorganisationen sehr bewusst.

## Afrika: Mit Handel zum Wandel?

Die Idee einer gemeinsamen Freihandelszone für ganz Afrika machte im Jahr 2012 weltweit Schlagzeilen und stieß bei vielen Politikern und Ökonomen über den eigenen Kontinent hinaus auf Zustimmung. Durch eine verstärkte regionale Integration, so hoffen sie, können größere und wettbewerbsfähige Wirtschaftsräume geschaffen werden, die vermehrt Investoren anziehen und Entwicklung in Afrika beschleunigen. Skeptiker hingegen verweisen auf die Schwächen der schon existierenden regionalen Wirt-

### Handel als Motor für Wachstum

**Auszüge aus dem Interview mit Alan Kyerematen, Koordinator am African Trade Policy Centre der UN Economic Commission for Africa, Addis Ababa**



„Handel kann für Afrika aus mehreren Gründen einen Ausweg aus der Armut bieten. (...) Die Beispiele der aufstrebenden Schwellenländer und auch die Geschichte der alten Industrieländer zeigen sehr deutlich, wie Handel zu einem Motor für Wachstum werden kann. Und wenn dies für Europa, die USA, China und Indien funktioniert hat, warum dann nicht auch für Afrika? (...) Allerdings muss der Kontinent dafür noch sehr viele Herausforderungen angehen. So müssen wir etwa an unserer Infrastruktur arbeiten, in allen Aspekten: Straßen, Häfen, Energie, Telekommunikation und mehr. Zweitens müssen wir für den Handel auch über die nötigen Finanzen verfügen. Wir können nicht über Handel sprechen, ohne damit über Produktion zu reden. Und wenn wir über Produktion reden, müssen wir eben auch über Finanzen und Investitionen sprechen. Es muss uns gelingen, die richtige Art von Investitionen zu tätigen, um die Handelsagenda nach vorne zu bringen. (...)“

Wenn Handel zum Motor für Wachstum werden soll, müssen wir auch unser Warenangebot diversifizieren. Das benötigt neue Technologien. (...) Selbstverständlich brauchen wir auch die richtigen Weichenstellungen in der Wirtschafts- und Umweltpolitik. Afrika ist angewiesen auf eine stabile Inflation, niedrige Zinsen und die Mobilisierung einheimischer Gelder. Und wir müssen unser Handelsrecht vereinfachen, um den Güterverkehr innerhalb des Kontinents zu erleichtern. Helfen können auch Handelsinformationsdienstleistungen. Manchmal wissen wir in Afrika ja gar nicht, welches Land was produziert und was es sich entsprechend zu exportieren lohnt. (...) Wenn wir mit all diesen Herausforderungen klarkommen, dann kann Afrika sich selbst aus seiner Armut heraushandeln. (...)“

schaftsgemeinschaften (RECs) und möchten deren Zusammenarbeit lieber verbessert und vertieft sehen. Die Potsdamer Frühjahrsgespräche 2012 der Stiftung Entwicklung und Frieden boten internationalen und nationalen Experten die Gelegenheit, das Für und Wider beider Vorschläge sowie weitere Modelle einer regionalen Handelsintegration in Afrika miteinander zu diskutieren.

Die Idee, Entwicklung durch innerregionalen Handel in Afrika voranzutreiben, ist nicht neu. Die Ankündigung der Afrikanischen Union, bis in das Jahr 2017 eine den ganzen Kontinent umfassende Freihandelszone zu schaffen, brachte 2012 aber neuen Schwung in die Diskussion. Schon Monate zuvor hatten sich Vertreter der Southern African Development Community (SADC), der East African Community (EAC) und des Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) auf einem 3er-Gipfel darauf verständigt, ihre Handelsräume bis 2013 zu einer einheitlichen Freihandelszone zusammenzuschließen (Tripartide-Initiative).

### Schwache Diversifizierung und Industrialisierung

So war es nicht überraschend, dass die Potsdamer Frühjahrsgespräche in einer grundsätzlich optimistischen Atmosphäre stattfanden, in der die Referenten vor allem die großen Potenziale von Handel und regionaler Integration für Entwicklung in Afrika hervorhoben. Allerdings wurde auch über eine Reihe von bestehenden Problemen diskutiert, die gelöst werden müssen, bevor etwaige Kooperationsgewinne erzielt werden können. So zählten in den vergangenen Jahren einige der ressourcenreichen afrikanischen Staaten zwar zu den schnellstwachsenden Volkswirtschaften weltweit – die armen Bevölkerungsschichten konnten davon jedoch kaum profitieren. Auch die Rolle der Schwellenländer, allen voran China, die heute einen großen Teil ihres Ressourcenhungers in Afrika stillen, wurde durchaus kontrovers diskutiert. Einig war man sich, dass es grundsätzlich problematisch ist, wenn Regierungen aufgrund der sprudelnden Einnahmen durch den Verkauf ihrer Primärgüter, die Diversifizierung der Wirtschaft und damit auch die Industrialisierung hinten anstellen. Genau dies aber passiert bis heute: Die Folgen sind ein schwach ausgeprägter Binnenhandel und eine hohe Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen für Rohstoffe. Noch ein weiteres Hemmnis für den innerafrikanischen Handel war schnell identifiziert: So sind die Governance-Strukturen innerhalb der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften auch Jahre nach ihrer Etablierung bis heute eher schwach, und personelle wie finanzielle Ressourcen bleiben knapp. Dies zu ändern scheiterte sehr häufig am mangelnden politischen Willen der Nationalstaaten. Viele Teilnehmer beklagten, dass ambitionierte Agenden, die auf Gipfeltreffen verabschiedet würden, bei der Implementierung nur sehr zögerlich vorangetrieben werden. Ein Beispiel hierfür seien die noch immer stark ausgeprägten nicht-tarifären Handelshemm-

nisse innerhalb der de facto liberalisierten RECs oder das Problem der sich überlappenden Mitgliedschaften.

#### Qual der Wahl: Vertiefen oder erweitern?

Die Erwartungen an die Tripartide-Initiative und an die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone für ganz Afrika waren entsprechend gemischt und sorgten während der zwei Tage in Potsdam für heftige Kontroversen. Etliche Experten traten dafür ein, zunächst die bestehenden Regionalgemeinschaften zu vertiefen. Solange der innerafrikanische Handel durch mangelnde Infrastruktur, nicht-tarifäre Hemmnisse, wenig Diversifizierung und gegenseitiges Misstrauen der nationalen Regierungen blockiert werde, könne auch ein größerer Markt keine Abhilfe leisten, schlussfolgerten sie. Andere Referenten zogen es hingegen vor, zunächst mit der Schaffung größerer Märkte durch Handelsliberalisierungen und geringe Außenzölle zu beginnen und weiterführende Integrationsschritte dieser Erweiterung hinten an zu stellen. Mit einem solchen Neustart könnten die Fehler der existierenden RECs, wie etwa die überlappenden Mitgliedschaften, überwunden werden. Außerdem zweifelten sie daran, dass eine vertiefte Integration derzeit im politischen Interesse der Nationalstaaten liege.

Unabhängig davon, welches der beiden Modelle befürwortet wurde, waren sich die meisten Teilnehmer über viele konkrete Herausforderungen und Prioritäten einig: Dazu zählten vor allem die Forderungen nach industrieller Entwicklung, dem Ausbau jeglicher Infrastruktur und der Verbesserung des Flusses von Waren, Dienstleistungen und Personen. Vor allem aber einte alle Anwesenden die Erkenntnis, dass Handel zur Beseitigung von Armut zwar beitragen könne, nachhaltige Entwicklung aber viel mehr als

das voraussetzt. Welchen Beitrag Deutschland und die EU, vor allem durch die andauernden Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), leisten können, blieb in Potsdam bis zuletzt umstritten.

#### Das Für und Wider einer gesamtafrikanischen Freihandelszone im Spiegel der Foreign Voices

##### Foreign Voices 2/2012

The Tripartite Free Trade Area – Shaping a new paradigm for African integration?



In ihrem Foreign Voices Beitrag beleuchtet die Autorin Trudi Hartzenberg, Geschäftsführerin des südafrikanischen Trade Law Centers, die Debatte um die Einrichtung einer 26 Staaten umfassenden Freihandelszone bis zum Jahr 2013 und analysiert kritisch die noch anstehenden Herausforderungen auf dem Weg dorthin.

##### Foreign Voices 3/2012

An African Continental Free Trade Area (CFTA) by 2017 – Is it the right way to go for Africa?



Flora Musonda, Direktorin für Handel in der EAC, setzt sich in ihrem Beitrag mit den Plänen zur Schaffung einer afrikaweiten Freihandelszone bis in das Jahr 2017 auseinander. Trotz existierender Probleme und Herausforderungen für sie der richtige Weg hin zu mehr Handel und Entwicklung für den Kontinent.

##### Foreign Voices 4/2012

The Continental Free Trade Area (CFTA) – A dispensable approach for regional trade integration in Africa



Anders als Flora Musonda steht Gerald Ajumbo von der afrikanischen Entwicklungsbank den Plänen zur Etablierung einer gemeinsamen Freihandelszone für Afrika bis zum Jahr 2017 sehr kritisch gegenüber. Angesichts der enttäuschenden Resultate bisheriger Integrationsbemühungen seien sie nur ein weiteres Lippenbekenntnis, das kaum spürbare Folgen mit sich bringen werde.



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2012: Trudi Hartzenberg, Paul Kalenga, Anja Gomm und Gerald Ajumbo (v.l.n.r.)

## Wettbewerbsfähigkeit stärken

**Interview mit Dr. Trudi Hartzenberg, Geschäftsführerin des Trade Law Center in Stellenbosch, Südafrika**

**Die Tripartide-Freizhandelszone von SADC, EAC und COMESA basiert auf drei Säulen. Wie wichtig sind neben der ersten Säule, die sich hauptsächlich mit Fragen der Marktintegration beschäftigt, auch die zur Infrastrukturentwicklung und Industrialisierung?**

Hartzenberg: Das ist eine wichtige Frage. Wir müssen daran denken, dass die Tripartide-Freizhandelszone sich eben nicht nur auf Handel und Marktintegrati-



on konzentriert, sondern auch der Entwicklung von Infrastruktur und der weiteren Industrialisierung eine große Bedeutung zuzuschreiben. Diese beiden Säulen sind zentral für die Entwicklung von Produktionskapazitäten und die Verringerung der hohen Transaktionskosten bei regionalen Geschäftstätigkeiten. Schließlich sind hohe Kosten für Transport oder Telekommunikation, Finanz- und andere Dienstleistungen der Wettbewerbsfähigkeit sehr abträglich. Der Bau von Straßen, Eisenbahnen und so weiter ist daher zentral, muss aber mit einer angemessenen Regulierungspolitik verbunden werden, die ausreichend Zugang zur Infrastruktur sicherstellt. Was die Säule zur Industrialisierung anbelangt, ist ja bekannt, dass die wettbewerbsfähige Produktion ein Hauptproblem in der Region darstellt. Viele Länder haben eine enge industrielle Basis, ihre Branchen und Unternehmen

sind nicht konkurrenzfähig. Wir müssen außerdem daran denken, künftig den Dienstleistungssektor besser mit dem verarbeitenden Gewerbe zu verzahnen. Effiziente und günstige Dienstleistungen von guter Qualität fördern ja auch die Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes. Wichtig ist auch eine bessere Verzahnung von Dienstleistungen und landwirtschaftlicher Entwicklung. Zur Förderung des Agrarsektors sind etwa ein funktionierender Verkehrssektor oder auch Informationen über aktuelle Marktchancen von großer Bedeutung. Wir müssen einen Blick auf all diese Fragen werfen, um einen effizienten und integrierten Wirtschaftsraum schaffen zu können, der die Wettbewerbsfähigkeit fördert. Schließlich können nur wettbewerbsfähige Unternehmen auch mehr Arbeitsplätze schaffen – und damit Arbeitslosigkeit als eine der wichtigsten sozialen Herausforderungen in allen betroffenen Ländern abbauen.

**Wie beurteilen Sie Südafrikas besondere Rolle als Teil des BRICS-Blocks auf der einen und Mitglied der Tripartide-Freizhandelszone auf der anderen Seite?**

Südafrika gilt ja ein wenig als Ausreißer, wenn wir einen Blick auf die BRICS-Konfiguration werfen. Das Land ist kleiner, seine Wachstumsraten im Vergleich zu denen anderen dieser Staaten niedriger. Politisch ist es aber gewollt, Teil dieser Gruppe zu sein. Das kann auch Chancen bieten; nicht nur für die Entwicklung Südafrikas, sondern auch für die ganze Region – etwa im Bereich von Investitionen. Wir müssen jedoch im Hinterkopf behalten, dass die Beziehung zwischen den BRICS nicht auf einem regelbasierten Governance-System fußt. Es gibt kein zugrundeliegendes Freihandelsabkommen oder sonstige Regeln. Aber als ein loser politischer Zusammenschluss bieten die BRICS eine Plattform zum Austausch von Ideen und Raum für Diskussionen über die wirtschaftliche Entwicklung. Damit können sie möglicherweise auch die Investitions- und Handelspolitik für weitere Teile des afrikanischen Kontinents fördern. Schon heute haben China, Indien und Brasilien großes Interesse an vielen afrikanischen Ländern und können dieses Forum auch nutzen, um wirtschaftliche Fragen auf einer sehr hohen politischen Ebene zu diskutieren (...).

**: SEF Intern**

## Neue Publikationsformate und überarbeiteter Internetauftritt

Die zum Teil seit vielen Jahren existierenden Publikationsreihen der SEF wurden 2011/2012 angesichts sich verändernder Schreib- und Lesegewohnheiten und der Bedeutung neuer Medien auf den Prüfstand gestellt. Im Ergebnis setzt die SEF seit Sommer 2012 auf kürzere und dafür häufigere und aktuellere Publikationen und eine verstärkte Online-Verbreitung. Wichtigste Publikation der SEF bleiben aber die Globalen Trends als ein alle drei Jahre erscheinendes Kompendium zu Weltordnung, Frieden, Entwicklung und Umwelt.

Die SEF-Policy Papers wurden durch das neue Global Governance Spotlight ersetzt. Mit ca. acht Ausgaben jährlich und einem Umfang von jeweils vier Seiten dient das Spotlight der kritischen Begleitung internationaler Verhandlungsprozesse aus der Global-Governance-Perspektive. Parallel dazu wurde die bereits bestehende Reihe der Foreign Voices aufgewertet. Ihr Ziel ist es, Perspektiven aus anderen Weltregionen in die deutsche Debatte einzubringen. Die Sammelbandreihe EINE Welt wurde 2012 beendet; künftig sind Sonderpublikationen im Buchformat geplant, wenn diese voraussichtlich einen prägenden Beitrag zur politisch-wissenschaftlichen Debatte in Deutschland leisten können. Unter dem Titel „Die SEF 20XX: Perspektiven auf Global Governance“ erhält der Jahresbericht eine stärker inhaltliche Ausrichtung zu Betonung der Highlights des Jahres.

SEF/INEF NEWS Oktober 2012


Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Globalen Trends 2013 von SEF und INEF sind erschienen. Dieser Newsletter bietet Ihnen einen ersten Einblick in die neue Ausgabe des Standardwerks und informiert über weitere aktuelle Publikationen und Veranstaltungen.

Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Sabine Gerhard, SEF Elena Sondermann, INEF

---

**SCHWERPUNKTTHEMA**

**: Globale Trends 2013**



Die Massenproteste, die sich seit Dezember 2010 ausgehend von Tunesien über Nordafrika, in den Nahen und Mittleren Osten ausbreiteten, und deren politische Folgen wurden schnell optimistisch als „Arabischer Frühling“ bezeichnet. Bislang haben diese jedoch nur in wenigen Ländern zu einem mehr oder weniger friedlichen Wandel der Regime geführt. Überwiegend ist noch nicht absehbar, wohin die eingeleiteten politischen Veränderungen in Ägypten, Libyen oder Tunesien führen werden – um nur die prominentesten Beispiele zu nennen. Der Widerstand gegen das Regime von Syriens Machthaber Baschar al-Assad ist in einen gewaltsamen Konflikt umgeschlagen, der nicht nur über die Flüchtlingsströme Auswirkungen auf die unmittelbaren Nachbarstaaten hat.

Wie lassen sich die unterschiedlichen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern erklären? Warum wurde der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung aktiv, auf deren Grundlage eine militärische Operation unter Führung der NATO begann, wo hingegen er im Falle Syriens bislang keine Resolution verabschiedet hat, die ein entschiedenes Eingreifen in den Konflikt autorisiert?

**INHALT**

- : Schwerpunktthema  
Globale Trends 2013
- : Ankündigungen  
Käte Hamburger Kolleg  
Bonn Symposium 2012  
KfW Frühstück
- : Veranstaltungen  
Berliner Sommerdialog 2012  
SEF-Experten-Workshop
- : Publikationen  
Globale Trends 2013  
INEF-Report Nr. 105
- : In Eigener Sache  
Rebekka Hannes

› Newsletter als PDF  
downloaden

## Neues Corporate Design

Einhergehend mit der Überarbeitung der Publikationsstrategie und dem Relaunch ihrer Website im Juni 2012 hat die Stiftung Entwicklung und Frieden ihr optisches Erscheinungsbild komplett erneuert. Gut 25 Jahre nach ihrer Gründung tritt die SEF mit neuem Corporate Design samt Logo auf. Dabei wird das beim deutschen Fachpublikum weithin bekannte Akronym SEF nun weiter in den Mittelpunkt gerückt. Mit dem Doppelpunkt als ergänzender Bildmarke wird vor allem die Dialogfunktion der Stiftung betont. Der neue Grünton vermittelt zudem einen frischen und lebendigen Eindruck. Im Zuge des Neudesigns wurden alle Kommunikationsmittel, vom Flyer über die Konferenzmappe bis zum Geschäftsbrief, sowie die Publikationsformate einer Vereinheitlichung unterzogen.



Nach einem umfassenden Relaunch der SEF-Website findet sich unter [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org) seit Juni 2012 ein erweitertes und verbessertes Informationsangebot mit tagesaktuellen Neuigkeiten aus der SEF. Die bisher gedruckt erscheinende SEF News wurde eingestellt und durch einen professionell gestalteten elektronischen Newsletter, der gemeinsam von SEF und INEF herausgegeben wird, ersetzt. Statt in ausführlichen Konferenzberichten informiert die SEF in journalistischen Zusammenfassungen sowie mit einzelnen Redebeiträgen und Video-Interviews online über die Ergebnisse ihrer Veranstaltungen.

## Finanzbericht

Das Jahr 2012 ist aus finanzieller Perspektive gemischt zu bewerten. Angesichts der anhaltend schwierigen Situation der Finanzmärkte zeigte sich erneut, dass die SEF mit ihren Ende 2007 verabschiedeten Anlagerichtlinien und der Investition des Stiftungskapitals in zwei nachhaltige gemischte Fonds den richtigen Weg gewählt hat. Verluste bei den Anlagen konnten in den letzten Jahren vermieden werden; die Erträge aus dem Stiftungskapital bewegen sich im Bereich des Realistischen. Auch ein Experte der NRW.Bank sowie ein Experte des

NRW-Finanzministeriums, die der SEF-Vorstand um eine unabhängige Bewertung gebeten hatte, kamen im Frühjahr 2012 zu dem Ergebnis, dass die Anlagerichtlinien und ihre Umsetzung sinnvoll, angemessen und in sich stimmig seien.

Zugleich musste die SEF 2012 nicht nur mit sinkenden Erträgen aus dem Stiftungskapital, sondern auch mit geringeren Projektzuschüssen (insbesondere zu den Globalen Trends sowie zu den Potsdamer Frühjahrgesprächen) zurechtkommen. Nur durch einen weiterhin rigiden Sparkurs konnte angesichts dieser Ertragslage 2012 ein Verlust vermieden werden.

### Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Erträge</b>				
Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)		513,42		4.318,59
Erträge Finanzanlagen (abzgl. Stückzinsen Vorjahr)		228.269,29		260.130,80
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		22.452,36		30.038,29
Zinsen Girokonten und liquide Mittel (Festgeld)	1.139,28		1.679,55	
Buchgewinne aus Abgängen Finanz- und Sachanlagen	0,00		750,00	
Vers.-Entschädigung und Periodenfremde Erträge	3.740,88		5.273,20	
Sonstige Erträge (Retrozahlung, Aufl. von Rückstellungen, ...)	17.572,20		22.335,54	
Zuwendungen		206.644,76		198.713,57
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	55.444,76		47.513,57	
Spenden	0,00		0,00	
<b>Summe Erträge</b>		<b>457.879,83</b>		<b>493.201,25</b>
<b>II. Aufwendungen</b>				
Projekte		-157.658,20		-155.513,80
Veröffentlichungen	-47.634,54		-12.978,84	
Veranstaltungen	-90.691,48		-116.277,89	
Website und Öffentlichkeitsarbeit	-18.768,88		-26.016,45	
Sonstige Projektkosten	-563,30		-240,62	
Personalaufwand		-243.757,76		-239.383,87
Löhne und Gehälter	-193.613,46		-189.409,00	
Soziale Abgaben und Aufw. zur Altersversorgung	-50.144,30		-49.974,87	
Honorare Projektmitarbeiter	0,00		0,00	
Abschreibungen		-3.699,75		-2.753,23
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-50.505,91		-53.149,65
Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-17.491,81		-16.993,92	
Versicherungen und Beiträge	-1.969,41		-1.893,29	
EDV (Beratung, Betreuung)	-2.512,88		-4.967,72	
Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.395,14		-3.534,75	
Telefon und Internet Standleitung	-984,77		-1.138,49	
Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.329,05		-7.773,34	
Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-10.240,06		-11.376,08	
Gremien	-6.582,79		-5.472,06	
Verluste aus Abgang Anlagevermögen		-3,50		-1,50
<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>-455.625,12</b>		<b>-450.802,05</b>
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>		<b>2.254,71</b>		<b>42.399,20</b>
Einstellung in/Entnahme aus der Rücklage gem. § 58 Nr. 7a AO		-2.254,71		-42.399,20
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>



## **: Anhang**

## Übersicht über die Veranstaltungen und Publikationen 2012

### Veranstaltungen 2012

#### Workshop für Experten der Bundesländer

Thema: Globale Zusammenhänge vermitteln –  
eine entwicklungspolitische Kernaufgabe der Bundesländer  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin  
 14./15. Februar 2012  
 Förderung: Räumlichkeiten durch Stifterland Berlin; Übernahme der Workshop-Kosten durch das  
 Land Nordrhein-Westfalen

#### Potsdamer Frühjahrsgespräche 2012

Thema: Trade: Potentials and Pitfalls for Regional Integration and Development in Africa  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Hotel Voltaire, Potsdam, 27.-28. April 2012  
 Kooperation: Renner Institut, Wien; Zeitschrift WeltTrends, Potsdam  
 Förderung: Empfang durch das Stifterland Brandenburg

#### Bonner Plattform Internationale Zusammenarbeit

Thema: „Zwischen (Ohn-)Macht und Gewalt“ –  
 Fragile Staatlichkeit als zentrale Herausforderung  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Deutsche Welle, Bonn; 19. Juni 2012  
 Veranstalter: KfW Entwicklungsbank; Deutsche Welle

#### Berliner Sommerdialog 2012

Thema: Internationale Katastrophenhilfe:  
 Herausforderungen durch fragile Staatlichkeit und Klimawandel  
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 13.-14. September 2012  
 Kooperation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin; Adelphi  
 Research, Berlin; Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV), Bonn  
 Förderung: Tagungsräumlichkeiten und Dolmetscherin durch das Stifterland Berlin; Zuschuss durch  
 die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
 Technologie und Forschung (SenWTF), Berlin; Empfang durch die GIZ, Berlin

#### SEF-Expertenworkshop

Thema: Jenseits der multilateralen Konferenz-Diplomatie:  
 Alternative Governance-Formen zur Lösung globaler Probleme  
 Programmbereich: Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
 Ort/Termin: Katholische Akademie, Berlin; 21./22. September 2012

#### Bonn Symposium 2012

Thema: Paradigmenwechsel 2015:  
 Auf dem Weg zu einer neuen Agenda für nachhaltige Entwicklung  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Haus der Geschichte/Deutsche Welle, Bonn, 13./14. November 2012  
 Kooperation: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin;  
 Global Policy Forum Europe, Bonn  
 Förderung: Förderung aus EFRE-Mitteln als Teil des Clusters „Internationales Bonn“; Empfang  
 durch die Stadt Bonn; Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

#### Entwicklungspolitisches Frühstück der KfW

Thema: Präsentation der Globalen Trends 2013  
 Programmbereich: Globale Trends. Frieden – Entwicklung – Umwelt  
 Ort/Termin: KfW Berlin, 15. November 2012  
 Veranstalter: KfW Entwicklungsbank

## 2. Käte Hamburger Lecture

Thema: Beyond 2015: Getting Serious About Global Justice  
 Ort/Termin: Hotel Duisburger Hof, 6. Dezember 2012  
 Veranstalter: Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“

### Publikationen 2012

#### EINE Welt-Band 25, März

Titel: Urbanisierung und internationale Migration:  
 Migrantenökonomie und Migrationspolitik in Städten  
 Herausgeber: Frauke Kraas/Tabea Bork  
 Datum: Manuskript abgeschlossen im Dez. 2011; Veröffentlichung 2012  
 Verlag: Nomos, Baden-Baden

#### Globale Trends 2013. Frieden – Entwicklung – Umwelt, Oktober

Pers. Herausgeber: Tobias Debiel/Jochen Hippler/Michèle Roth/Cornelia Ulbert  
 Programmbereich: Globale Trends. Frieden – Entwicklung – Umwelt  
 Kooperationspartner: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)  
 Verlag: Fischer Taschenbuch Verlag

#### Globale Trends 2013. Peace – Development – Environment, Oktober

Englische Kurzfassung von Globale Trends 2013  
 Förderung: Auswärtiges Amt  
 Verlag: Eigenverlag

#### Global Governance Spotlight 1/2012, September

Titel: Globale Rechtsstaatlichkeit: Cui bono?  
 Programmbereich: Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
 Autor: Henning Melber

#### Global Governance Spotlight 2/2012, Dezember

Titel: Der Busan-Prozess: Meilen- oder Stolperstein für die internationale EZ?  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Autorin: Elena Sondermann

#### Foreign Voices 1/2012, Februar

Titel: Transport that addresses all people's needs (zum Bonn Symposium 2011)  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Autor: Patrick Kayemba

#### Foreign Voices 2/2012, April

Titel: The Tripartite Free Trade Area – shaping a new paradigm for African integration?  
 (zu den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2012)  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Autorin: Trudi Hartzenberg

#### Foreign Voices 3/2012, Mai

Titel: An African Continental Free Trade Area (CFTA) by 2017: Is it the right way to go for  
 Africa? (zu den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2012)  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Autorin: Flora Musonda

#### Foreign Voices 4/2012, Mai

Titel: The Continental Free Trade Area in Africa – a step too far?  
 (zu den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2012)  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Autor: Gerald Ajumbo

**Foreign Voices 5/2012, September**

**Titel:** Linking emergency aid with long-term development in Pakistan:  
From response to preparedness (zum Berliner Sommerdialog 2012)

**Programmbereich:** Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels

**Autor:** Atta Muhammad Murtaza Durrani

**SEF-Policy Paper 36, April**

**Titel:** Nachhaltige Mobilität – Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige  
Verkehrsgestaltung (zum Bonn Symposium 2011)

**Programmbereich:** Nachhaltige Entwicklung

**Autor:** Jürgen Perschon

**SEF/INEF News, Juli**

**Titel:** Zwischen Trümmerbeseitigung und Wiederaufbau –  
Humanitäre Hilfe in fragilen Staaten

**SEF/INEF News, September**

**Titel:** Jenseits der multilateralen Konferenz-Diplomatie:  
Alternative Lösungsansätze für globale Probleme

**SEF/INEF News, Oktober**

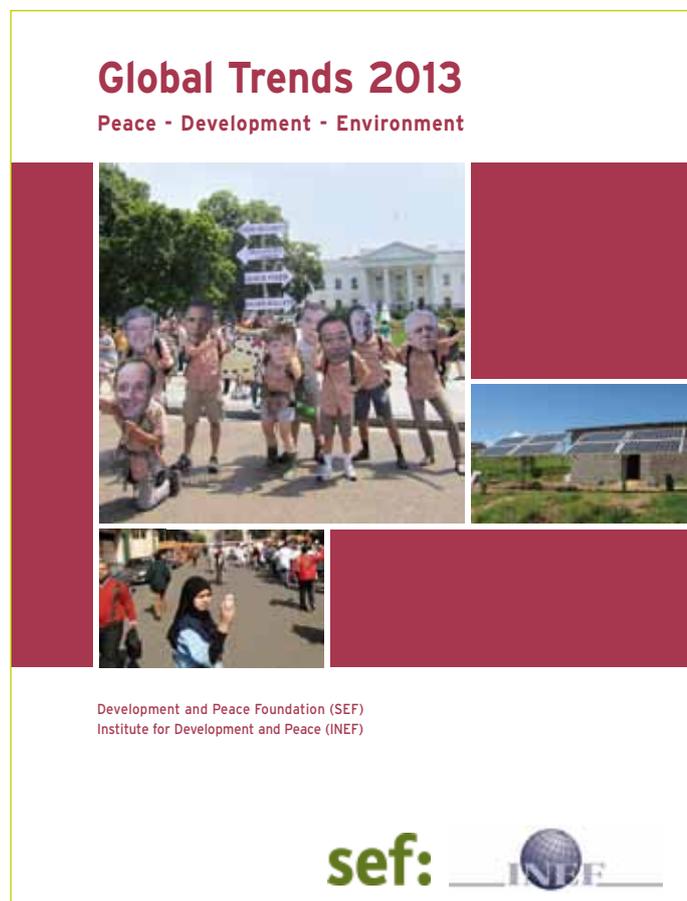
**Titel:** Globale Trends 2013

**SEF/INEF News, Dezember**

**Titel:** Menschenrechte, Unternehmensverantwortung und nachhaltige Entwicklung

**Jahresbericht, September**

**Titel:** Die SEF 2011: Perspektiven auf Global Governance



## Übersicht über die Gremien 2012

SEF-Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2012)

### Vorsitzende des Kuratoriums

Hannelore Kraft  
Ministerpräsidentin des Landes  
Nordrhein-Westfalen

### Stellvertretende Vorsitzende

Matthias Platzeck  
Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Stanislaw Tillich  
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Klaus Wowereit  
Regierender Bürgermeister von Berlin



Bärbel Dieckmann (Moderation) mit Mo Hamza  
beim Berliner Sommerdialog 2012

### Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Bärbel Beuermann MdL  
Ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Herne

Ilka Freifrau von Boeselager MdL  
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des  
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Ing. Dr. h.c. Janos J. Bogardi  
Executive Officer des Global Water System Projekts  
an der Universität Bonn

Elmar Brok MdEP  
Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, Bielefeld

Klaus Brückner  
Leiter Repräsentanz Berlin  
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammen-  
arbeit (GIZ), Bonn

Bärbel Dieckmann  
Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn

Dr. Stephan Eisel  
Bonn

Stefan Engstfeld MdL  
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt  
im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Otto Fricke MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer und haushaltspoli-  
tischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Krefeld

Friederike de Haas  
Ehemalige Ausländerbeauftragte des Freistaates  
Sachsen, Dresden

Prof. Dr. Klaus Hänsch  
Präsident a.D. des Europäischen Parlaments, Erkrath

Dr. Reinhold Hemker  
Lehrbeauftragter an der Universität Münster, Rheine

Renate Hendricks MdL  
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des  
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz  
Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und  
Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsfor-  
schung der Universität Bonn

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen  
Präsident a.D. des Deutschen Roten Kreuzes, Bochum

Ulrich Kelber MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestags-  
fraktion, Bonn

Ute Koczy MdB  
Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusam-  
menarbeit und Entwicklung  
Deutscher Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Raimund Krämer  
Außerplanmäßiger Professor für internationale und  
vergleichende Politik, Universität Potsdam

Heinz-Joachim Lohmann  
Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im  
ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Martina Münch  
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes  
Brandenburg, Potsdam



Karin Kortmann eröffnet das Bonn Symposium 2012 im Gremiensaal der Deutschen Welle

Ruprecht Polenz MdB  
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Josef Sayer  
Ehemaliger Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender Misereor, Aachen

Ursula Schäfer  
Ehemalige Leiterin des DGB-Informationsbüros für das Land Brandenburg im DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Bernd M. Scherer  
Intendant  
Haus der Kulturen der Welt, Berlin

Dr. Angelica Schwall-Düren  
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Victor Stimming  
Präsident der Industrie- und Handelskammer  
Potsdam

**2012 aus dem Kuratorium ausgeschieden:**

Dietmar Brockes MdL  
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Almuth Hartwig-Tiedt  
Staatssekretärin a.D., Berlin

Christoph von Knobelsdorff  
Staatssekretär a.D., Berlin

**SEF-Vorstand (Stand 31. Dezember 2012)**

**Vorsitzende**

Karin Kortmann  
Parlamentarische Staatssekretärin a. D., Düsseldorf

**Stellvertretende Vorsitzende**

Dr. Gerd Harms  
Staatssekretär a.D., Borkwalde/Berlin

Prof. Dr. Michael Zürn  
Direktor der Abteilung „Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

**Schatzmeister**

Nikolaus Hammes  
Bankdirektor a.D., Münster

**Weitere Mitglieder**

Prof. Dr. Tobias Debiel  
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg,  
Geschäftsführender Direktor des Käthe-Hamburger-Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“

Prof. Dr. Robert Kappel  
Präsident Emeritus und Senior Research Fellow des GIGA Leibniz-Instituts für Globale und Regionale Studien, Hamburg



Klemens van de Sand bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2012

**SEF-Beirat (Stand: 31. Dezember 2012)****Vorsitzender des Beirats**

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas  
Institut für Interkulturelle und Internationale  
Studien, Universität Bremen

**Weitere Mitglieder**

Prof. em. Dr. Lothar Brock  
Gastforscher an der Hessischen Stiftung für Frie-  
dens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff  
Professorin für Internationale Beziehungen und  
Theorien globaler Ordnung  
Johann Wolfgang-Goethe Universität, Frankfurt/Main

Gernot Erler MdB  
Staatsminister a.D.  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestags-  
fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Brigitte Fahrenhorst  
Vorsitzende der Society for International  
Development – Berlin Chapter

Jens Martens  
Geschäftsführender Vorstand  
Global Policy Forum Europe, Bonn

Prof. Dr. Henning Melber  
Senior Fellow  
Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka  
Professorin für Sozialanthropologie  
Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Shalini Randeria  
Professorin für Anthropologie und Entwicklungs-  
soziologie, Graduate Institute of International and  
Development Studies, Genf

Cornelia Richter  
Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für  
Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

Dr. Klemens van de Sand  
Mitglied des Vorstands von Germanwatch, Bonn

Prof. Dr. Siegmund Schmidt  
Professor für Internationale Politik und Analyse und  
Vergleich politischer Systeme an der Universität  
Koblenz-Landau



Klaus Brückner, Thomas Fues, Gerd Harms (Moderation) und Christoph von Knobelsdorff beim SEF-Workshop für Experten der Bundesländer 2012

Adolf Kloke-Lesch  
Assoziierter Wissenschaftler, Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Margareta Kulesa  
Professorin für Allgemeine Volkswirtschaftslehre  
und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der  
Fachhochschule Mainz

Prof. Dr. Thilo Marauhn  
Professur für Öffentliches Recht, Völkerrecht und  
Europarecht  
Justus-Liebig-Universität Gießen

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
2012**

Sabine Gerhardt  
Wissenschaftliche Referentin/Presse

Rebeka Hannes (ab 1. November 2012)  
Wissenschaftliche Referentin

Heike König  
Assistentin der Geschäftsführung

Dr. Michèle Roth  
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung  
Finanz- und Konferenzmanager

Bentje Woitschach (bis 31. Mai 2012)  
Wissenschaftliche Referentin

**Praktikanten**

Irina León Báez (18.06. – 29.07.2012)  
Schülerpraktikantin

Jonas Meyer (19.03. – 18.05.2012)

Sara Zschiesche (20.08. – 16.12.2012)

## Kooperationspartner und Förderer 2012

Im Jahr 2012 kooperierte die SEF erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Experten als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler SEF-Vorhaben bei.

Als Mitveranstalter oder Kooperationspartner fungierten 2012 (in alphabetischer Reihenfolge):

- adelphi, Berlin
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin/Bonn/Eschborn
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin
- Deutsche UNESCO-Kommission (DUK), Bonn
- Deutsche Welle, Bonn
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV)
- European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Bonn
- Germanwatch, Berlin/Bonn
- Global Policy Forum Europe, Bonn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- KfW Bankengruppe
- Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin
- Karl-Renner-Institut, Wien
- Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die SEF dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte SEF-Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von SEF-Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn

- Deutsche Welle, Bonn
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Verbund mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn
- Haus der Geschichte, Bonn
- SEF-Stifterland Berlin
- SEF-Stifterland Brandenburg



Jens Martens bei der Abendveranstaltung zum Bonn Symposium 2012 im Haus der Geschichte

- SEF-Stifterland Nordrhein-Westfalen
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die SEF war 2012 Mitglied in folgenden Foren:

- Netz NRW, Verband für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V., Oberhausen (Jobticket)
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Bonn

Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)  
Development and Peace Foundation  
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn  
Tel +49 (0) 228 95925-10 : Fax +49 (0) 228 95925-99  
sef@sef-bonn.org : [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)